



öffentlich

Betreff:
Öffentlichen Zugang am Pfingstberg sichern

| | | |
|---------------------------------------|------------------|------------|
| Einreicher: Fraktion DIE LINKE | Erstellungsdatum | 19.05.2015 |
| | Eingang 922: | |

| | | |
|------------------------|--|---------------|
| Beratungsfolge: | | |
| Datum der Sitzung | Gremium | Zuständigkeit |
| 03.06.2015 | Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam | Entscheidung |

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
 Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dagegen aus, durch eine Änderung des B-Planes große Teile der Fläche am Pfingstberg dem öffentlichen Zugang zu entziehen, indem sie dem Grundstück der Villa Henckel zugeschlagen werden.
 Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Gespräche zu einem entsprechenden Kompromiss mit Herrn Döpfner nicht weiter zu führen.
 Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Stadt die Pflege der im B-Plan vorgesehenen öffentlichen Grünflächen übernimmt und die öffentliche Zugänglichkeit kurzfristig wieder hergestellt wird.
 Die Anwohnerinnen und Anwohner sind unmittelbar in geeigneter Weise in die Entwicklung einzubeziehen.
 Die Landesregierung wird gebeten, sich im Stiftungsrat der Schlösserstiftung dafür einzusetzen, dass die Landeshauptstadt diese Fläche kostenlos übertragen bekommt.
 Der Hauptausschuss ist monatlich über die Ergebnisse zu informieren.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Nachdem der mit Herrn Döpfner ausgehandelte Kompromiss durch den weitgehenden Eingriff in die öffentliche Zugänglichkeit der Fläche am Pflingstberg nicht mehrheitsfähig ist, sollte die Stadt zur Umsetzung der Ziele des B- Planes in Verantwortung gehen und die Pflege des Parks übernehmen.